

Egotrip ins Unglück

LEITARTIKEL Das Corona- und Krisenjahr 2021 sollte uns eine Lehre sein – nicht nur die nächsten Monate sind wichtig, sondern auch die nächsten Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte.



»Querdenker«-Demonstration im Juli in Berlin

Das Jahr 2021 war ein trauriges für Deutschland, ein Jahr, in dem Politik und Gesellschaft ihren Ansprüchen nicht gerecht wurden. Der Mangel an vorausschauendem Denken und Handeln war so offenkundig, dass es schmerzte. Das gilt vor allem für die beiden wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart: den Kampf gegen die Coronapandemie und den Kampf gegen den Klimawandel. Beides bestimmt darüber, wie (wenn überhaupt) wir in Zukunft leben können. Man durfte deshalb erwarten, dass alles getan wird, um vorbereitet und geschützt zu sein. Aber das Gegenteil war der Fall.

Die deutsche Politik und wir – die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – haben uns einer Kultur der Kurzfristigkeit hingegeben, einer Augenblicksverhaftung, die dazu führt, dass Zukunftschancen verspielt werden. Weil uns die nächsten zwei Wochen offenbar wichtiger sind als die nächsten zwei Jahrzehnte oder Jahrhunderte.

Die Politik traut sich nicht, offen zu benennen, was notwendig wäre, um die Probleme von morgen wenigstens zu lindern. Weil sie fürchtet, dass wir, die Bürgerinnen und Bürger, und auch wir, die Journalistinnen und Journalisten, sie bestrafen oder vorführen werden, wenn sie sagen, welche Maßnahmen, Kosten, Einschränkungen notwendig sind, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Und man muss zugeben: Die Sorge ist berechtigt. Man gönnt sich ja lieber was: den Sommer des Vergnügens, der den Coronawinter verdrängt. Den Aufschub von zwei, drei, vielen Jahren, bis man sich zu klimafreundlichem Wohnen, Fahren, Leben bequemt.

Indem die Politik aber Anstrengendes und Unbequemes verschweigt, untergräbt sie die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten aller. Auf Corona bezogen heißt das: Kurzfristige Einschränkungen der persönlichen Freiheit hätten der ganzen Gesellschaft früher mehr Freiheit er-

möglicht. Und auf die Klimaproblematik bezogen: Radikaler Wandel, Einschränkungen und Verzicht in der Gegenwart würden helfen, das Leben auf weiten Teilen des Planeten zu bewahren. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem historischen Beschluss in diesem Jahr an die Verantwortung der Jetzt-Lebenden für die In-Zukunft-Lebenden erinnert. Leider hat das wenig verändert.

Im Bundestagswahlkampf 2021, einem der unpolitischsten aller Zeiten, sah die Augenblicksverhaftung so aus: Als die Grünen im Juni wagten zu sagen, der Liter Benzin müsse um 16 Cent teurer werden, überboten sich die Konkurrenten Armin Laschet (CDU) und Olaf Scholz (SPD) mit polemischen Antworten – obwohl ihre Parteien in der Großen Koalition ähnliche Pläne bereits beschlossen hatten. Fortan spielte Klimaschutz keine zentrale Rolle mehr im Wahlkampf. Die Mehrheit der Medien fokussierte sich lieber auf Wahlkampfbanalitäten als auf die großen Fragen der Zukunft.

Das ebenso bräsig wie mutlose Verharren in der Gegenwart mag eine deutsche Spezialität sein. Sie ist jedenfalls mit Angela Merkel verbunden, die ihre 16-jährige Kanzlerschaft nun beendet. Inmitten einer Krise reagierte sie routiniert professionell. Aber sie agierte nicht, um sich andeutende Krisen zu vermeiden. Nicht in der Klimapolitik, nicht in der Pandemie.

Die erste Coronawelle sah niemand kommen. Danach aber versagte die deutsche Politik, weil sie auf die zweite, die dritte und die vierte Welle hätte vorbereitet sein müssen. Ja, es mag im Frühsommer nicht klar gewesen sein, wie lange die Impfstoffe wirken würden und dass man im Herbst alle Geimpften würde boostern müssen. Aber es war absehbar. Was sicher vorhersehbar war: der Pflege-notstand. Statt erhöht zu werden, sank die Zahl der Intensivbetten in der Pandemie um mehrere Tausend. Weil das Pflegepersonal fehlt, dessen Arbeitsbedingungen in der Pandemie sogar schlechter wurden. Eine kluge, vorausschauende Politik wäre vom schlimmsten Szenario ausgegangen – und hätte alles getan, um gerüstet zu sein.

In der Klimapolitik war es ähnlich. Es gab eine kurze Phase, in der sich Angela Merkel als Anwältin des Klimas verstand. Aber dieses Interesse war nicht nachhaltig, für sie gab es auf der Strecke offenbar Wichtigeres zu tun. Ihre Macht zu erhalten beispielsweise. Und so wurden all die Jahre all die Taten zum Klimaschutz unterlassen, die uns heute ermöglicht hätten, die Erderwärmung ruhiger, planvoller, billiger zu bekämpfen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland im Vergleich einen enormen Wohlstand genossen. Vielleicht hat das zu einer gewissen Ignoranz geführt, die uns daran hindert, das Richtige zur rechten Zeit zu tun. Diese besonders im Jahr 2021 zur Schau gestellte Kurzsichtigkeit sollte allen eine Lehre sein. Merkels Nachfolgern. Und uns, den Bürgerinnen und Bürgern.

Markus Feldenkirchen

Indem die Politik Anstrengendes und Unbequemes verschweigt, untergräbt sie die Lebensmöglichkeiten aller!

Der Spiegel - Chronik 2021